

Stand: 16.05.2024 00:24:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7341

"Bericht über die Einschränkungen von Grundrechten durch Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/7341 vom 16.04.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8325 des VF vom 07.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/8722 vom 25.06.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 50 vom 25.06.2020



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Cemal Bozoglu, Dr. Martin Runge, Johannes Becher** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht über die Einschränkungen von Grundrechten durch Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration und des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die derzeitigen und künftigen Maßnahmen und deren Auswirkungen zur Eindämmung von Covid-19 auf die Grundrechte zu berichten.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- 1.1 Welche juristischen Verfahren (Klagen, Anträge auf einstweilige Anordnungen, usw.) sind bisher gegen die Maßnahmen der Staatsregierung aufgrund der Corona-Pandemie eingeleitet worden und wie ist der derzeitige Stand dieser Verfahren?
- 1.2 Welche juristischen Argumente wurden hierbei von den jeweiligen Klägerinnen bzw. Klägern/Antragstellerinnen bzw. Antragstellern vorgebracht und wie bewertet die Staatsregierung diese?
- 2.1 Wieso wurde die zentrale Norm zur Verhinderung von Ansteckungen, die Kontaktbeschränkung in § 4 Abs. 1 Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung – (BayIfSMV) lediglich als „programmatischer Appell im Sinne einer Präambel“ formuliert statt als durchsetzbares Gebot?
- 2.2 Wäre nach Ansicht der Staatsregierung eine Kontaktbeschränkung ein mildereres, aber gleich wirksames Mittel, als eine pauschale Ausgangsbeschränkung?
- 2.3. Wenn nein, warum nicht?
- 3.1 Wie lauteten die genauen Anweisungen an die Polizeipräsidien zur Umsetzung der Ausgangsbeschränkungen und waren das in allen Präsidien die gleichen?
- 3.2 Genügt die Ausgangsbeschränkung dem Bestimmtheitsgebot, wenn selbst Polizeibehörden die Normen anders vollziehen, als sie der Ministerpräsident interpretiert (z. B. Sitzen auf einer Parkbank)?
- 4.1 Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Welche Möglichkeiten gibt es, politische Versammlungen oder Kundgebungen in Zukunft mit ausreichenden Schutzmaßnahmen durchzuführen?
- 4.2 Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, religiöse Veranstaltungen zu erlauben, wenn die Gläubigen Schutzmaßnahmen (Mundschutz, hoher Abstand, wenige Teilnehmer auf großem Raum) beachten?
- 5.1 Mit welcher Begründung dürfen Dienstleisterinnen und Dienstleister zur Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit zu Kundinnen und Kunden fahren, obwohl es den Kundinnen und Kunden aufgrund der Ausgangsbeschränkung nicht erlaubt wäre, zu den Dienstleisterinnen und Dienstleistern zu fahren?

- 5.2 Wieso dürfen Supermärkte bestimmte Produkte (Blumen, Elektronik, Kleidung, Schreibwaren usw.) verkaufen, während es anderen Einzelhandelsgeschäfte verwehrt ist, die gleichen Produkte zu verkaufen?
- 5.3 Wieso dürfen Einzelhandelsgeschäfte, deren regulärer Betrieb untersagt ist, keine alternativen Verkaufsangebote schaffen, wie z. B. Drive-In-Schalter, bei denen der Verkauf kontaktlos stattfindet?
- 6.1 Welche Anforderungen aus medizinischer Sicht müssten erfüllt sein, damit beim Einkauf in einem Einzelhandelsgeschäft kein besonderes Ansteckungsrisiko besteht?
- 6.2 Welche zwingenden Vorgaben müssen die derzeit geöffneten Einzelhandelsgeschäfte erfüllen und wie werden sie kontrolliert?
- 6.3 Am 25.03.2020 hat die Staatsregierung auf eine Anfrage zum Plenum noch davon gesprochen, dass „eine bevölkerungsweite Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes (...) aus diesen Erkenntnissen nicht abgeleitet werden (kann)“, mittlerweile scheint sie ihre Bewertung verändert zu haben. Was sind die Gründe für den Sinneswandel und wie stellt die Staatsregierung die Verfügbarkeit von ausreichend Masken sicher?
- 7.1 Was sind die Voraussetzungen, um nach § 56 Infektionsschutzgesetz (IfSG) einen Anspruch auf Entschädigung zu bekommen?
- 7.2 Wie viele Personen in Bayern haben im Moment Anspruch auf Entschädigung?
- 7.3 Wie beurteilt die Staatsregierung die Empfehlung von Hans-Jürgen Papier, früherer Chef des Bundesverfassungsgerichts, nach einer Entschädigungslösung für „Nicht-Störer“?
8. Auf welchem Wege kommt die Staatsregierung der ihr u. a. vom Verwaltungsgerichtshof (VGH) München in dessen Beschluss vom 30.03.2020 aufgegebenen fortlaufenden Verpflichtung zur Evaluierung ihrer per Verordnung verfügten Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 nach?

Begründung:

Die Ausgangsbeschränkungen sind am 21.03.2020 in Kraft getreten. Die Einleitung von drastischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sind zu begrüßen. Es musste schnell und entschlossen gehandelt werden. Jetzt läuft der Praxistest seit mehreren Wochen, weitere Erkenntnisse über das Virus sind bekannt und nach und nach zeigt sich, welche Maßnahmen sinnvoll sind und welche einer Überprüfung bedürfen. Es ist also an der Zeit, in den Details nachzuschärfen. Diese Debatte muss im Landtag in den zuständigen Ausschüssen erfolgen – öffentlich und in der Debatte mit allen Fraktionen. Es ist Aufgabe des Landtags, die Entscheidungen der Regierung zu kontrollieren und zu diskutieren. Die Maßnahmen müssen in ihren positiven Auswirkungen erhalten, in den negativen entschärft werden, damit sie gleich wirksam bleiben, von der Gesellschaft und Wirtschaft aber auch diesen langen Zeitraum durchgehalten werden können. Außerdem müssen sie gerichtsfest ausgestaltet sein.

Denn es handelt sich um die qualitativ und quantitativ schärfsten Eingriffe in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Betroffen sind quasi alle Grundrechte, die das Fundament unseres Staates und unserer Gesellschaft bilden, die Freizügigkeit, die Berufsfreiheit, das Recht auf Bildung, die Kunstfreiheit, der Schutz der Familie, das Versammlungsrecht, die Religionsfreiheit, das Eigentumsrecht und die Reisefreiheit in Europa. Das alles ist grundsätzlich gerechtfertigt, um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen. Die Maßnahmen sind aber teilweise so ausgestaltet, dass sie manchmal nicht geeignet, nicht das mildere Mittel darstellen, unangemessen sind oder gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen.

In der Öffentlichkeit beginnt eine Diskussion darüber, wieviel Infektionsschutz ein Rechtsstaat vertrage und was im Zweifel zurückweichen müsse. Es laufen eine Vielzahl

an Gerichtsverfahren gegen die einzelnen Maßnahmen. Auch in Krisen sind die regulären Verfahren bei der Gestaltung von Normen zu beachten. Es sollte keinen Gegensatz zwischen Infektionsschutz und Rechtsstaatlichkeit geben, denn der Infektionsschutz schützt das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Wir befinden uns also trotz der außergewöhnlichen Situation in einer normalen juristischen Abwägung zwischen widerstreitenden Grundrechten, die in Einklang gebracht werden müssen. Genau das muss im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration sowie im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport in einer gemeinsamen Sitzung zeitnah erfolgen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/7341

**Bericht über die Einschränkungen von Grundrechten durch Maßnahmen gegen
die Corona-Pandemie**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Toni Schuberl**
Mitberichterstatter: **Tobias Reiß**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 7. Mai 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Johannes Becher** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/7341, 18/8325

Bericht über die Einschränkungen von Grundrechten durch Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste. Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 43 der Antragsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind ganz offensichtlich alle Fraktionen im Hohen Hause. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten, ob und welchem Fraktionsvotum sie sich anschließen wollen. – Sie wollen sich keinem Fraktionsvotum anschließen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. April 2020 (Vf. 25-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 1 Abs. 1, §§ 2, 4 und 5 der Bayerischen Verordnung über Infektionsschutzmaßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie (Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung – BayIfSMV) vom 27. März 2020 (GVBl. S. 196, BayMBI Nr. 158, BayRS 2126-1-4-G, 2126-1-5-G), die durch Verordnung vom 31. März 2020 (GVBl. S. 194) geändert worden ist
PII-G1310.20-0011
Drs. 18/8400 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. April 2020 (Vf. 34-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
- des Bayerischen Infektionsschutzgesetzes (BayIfSG) vom 25. März 2020 (GVBl. S. 174, BayRS 212-3-G),
 - der Zweiten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (2. BayIfSMV) vom 16. April 2020 (GVBl. S. 214, BayRS 2126-1-5-G), die durch Verordnung vom 21. April 2020 (GVBl. S. 222) geändert worden ist
 - der Dritten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (3. BayIfSMV) vom 1. Mai 2020 (BayMBI Nr. 239, BayRS 2126-1-7-G)
- PII-G1310.20-0013
Drs. 18/8396 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- Der Landtag beteiligt sich hinsichtlich des Bayerischen Infektionsschutzgesetzes (Antrag Nr. 1) am Verfahren.
- Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.
- Bezüglich der mit Klage angegriffenen Verordnungen beteiligt sich der Landtag nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. Mai 2020 (Vf. 62-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 6 Satz 1 Nr. 2, §§ 8, 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 der Vierten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (4. BayIfSMV) vom 5. Mai 2020 (BayMBI Nr. 240, ber. Nr. 245, BayRS 2126-1-8-G), die durch § 2 der Verordnung vom 7. Mai 2020 (BayMBI Nr. 247) geändert worden ist

PII-G1310.20-0018

Drs. 18/8403 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. Mai 2020 (Vf. 42-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 2 Abs. 5 Nr. 1, Abs. 6 Nr. 3, § 5 Abs. 3 Nr. 4 und § 6 der Zweiten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (2. BayIfSMV) vom 16. April 2020 (GVBl. S. 214, BayRS 2126-1-5-G), die zuletzt durch Verordnung vom 28. April 2020 (BayMBI Nr. 225) geändert worden ist

PII-G1310.20-0016

Drs. 18/8398 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 11. Mai 2020 (Vf. 59-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der § 1 Abs. 1 Satz 1, § 4 der Verordnung über Quarantänemaßnahmen für Einreisende zur Bekämpfung des Coronavirus (Einreise-Quarantäneverordnung - EQV) vom 9. April 2020 (GVBl. S. 209, BayRS 2126-1-6-G), die zuletzt durch § 23 Abs. 1 der Verordnung vom 5. Mai 2020 (BayMBI Nr. 240, BayRS 2126-1-8-G) geändert worden ist,
 2. des § 23 Abs. 1 der Vierten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (4. BayIfSMV) vom 5. Mai 2020 (BayMBI Nr. 240, BayRS 2126-1-8-G)

PII-G1310.20-0015
Drs. 18/8397 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Mai 2020 (Vf. 47-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des § 6 Abs. 5 Sätze 2 und 3 der Schulordnung für die Grundschulen in Bayern (Grundschulordnung – GrSO) vom 11. September 2008 (GVBl. S. 684, BayRS 2232-2-K), die zuletzt durch § 3 der Verordnung vom 9. Juli 2019 (GVBl. S. 420) geändert worden ist
 2. der § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, § 3 Abs. 4 der Schulordnung für die Gymnasien in Bayern (Gymnasialschulordnung – GSO) vom 23. Januar 2007 (GVBl. S. 68, BayRS 2235-1-1-1-K), die zuletzt durch § 5 der Verordnung vom 9. Juli 2019 (GVBl. S. 420) geändert worden ist

PII-G1310.20-0019
Drs. 18/8402 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Fördersackgasse Elektromobilität beenden - Technologieoffenheit zum Schutz der Umwelt wiederherstellen
Drs. 18/6173, 18/8287 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Entsorgungsproblematik von Windkraftanlagen frühzeitig begegnen!
Drs. 18/6339, 18/8411 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

Voraussichtlich in den Plenarsitzungen ab dem 7. Juli 2020

12. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. AfD
Untersuchung Nitratbelastung im Raum Pfaffenhofen
Drs. 18/6342, 18/8182 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

Voraussichtlich in den Plenarsitzungen ab dem 7. Juli 2020

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europäischer Schüler- und Jugendaustausch für alle I: Internationale Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren einführen
Drs. 18/6453, 18/8294 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende auf Lesbos
Drs. 18/6518, 18/8340 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

Voraussichtlich in den Plenarsitzungen ab dem 7. Juli 2020

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jetzt sofort handeln: Planungssicherheit für genehmigte Windräder herstellen!
Drs. 18/6553, 18/8288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

16. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD
Lagebild zu Vorfeldstrukturen des Rechtsterrorismus in Bayern anlässlich der Ermittlungsmaßnahmen gegen die sogenannte „Gruppe S.“
Drs. 18/6565, 18/8174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Margit Wild u.a. SPD
Respekt vor dem Parlament: Klimaschutzgesetz endlich in den Landtag einbringen und Transparenz bei den Klimazielen herstellen!
Drs. 18/6572, 18/8184 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Bericht über die IT-Sicherheit der Staatsverwaltung in Bayern
Drs. 18/6574, 18/8409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kosten der Bekämpfung der Corona-Pandemie gemeinsam tragen:
Filmwirtschaft Rückhalt geben
Drs. 18/7050, 18/8214 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kosten der Bekämpfung der Corona-Pandemie gemeinsam tragen:
Kunst- und Kulturszene lebendig halten
Drs. 18/7051, 18/8211 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Markus Rinderspacher u.a. SPD
„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art. 1 Abs. 1 Satz 1 GG und Art. 100 Satz 1 BV) - Humanitäres Sofortaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den Hotspots in Griechenland
Drs. 18/7115, 18/8324 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Durchführung des medizinischen Staatsexamen M2 flexibel umsetzen und Nachteile für die Studierenden verhindern
Drs. 18/7348, 18/8280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerischer Krisenvorsorge-Gipfel Wirtschaft
Drs. 18/7402, 18/8289 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

Voraussichtlich in den Plenarsitzungen ab dem 7. Juli 2020

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Prüfung einer Landtierarztquote zur Bekämpfung des Tierärztemangels im ländlichen Raum
Drs. 18/7404, 18/8187 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Notbetreuung für Kinder spürbar ausweiten, alternative Betreuungsmodelle für Familien ermöglichen!
Drs. 18/7416, 18/8036 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Ralf Stadler AfD
Öffnung von Kinderbetreuungseinrichtungen
Drs. 18/7602, 18/8041 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
CO₂-Betäubung bei der Schweineschlachtung durch wirksamere und
tierschutzgerechte Methoden ersetzen
Drs. 18/7621, 18/8188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planungssicherheit für Veranstaltungen herstellen
Drs. 18/7622, 18/8281 (A)

über den Antrag ist gesondert abzustimmen

44. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer,
Michael Busch u.a. SPD
Unterstützungsbedarf für Seniorinnen und Senioren konsequent prüfen -
passgenaue Angebote in Zeiten der Corona-Krise schaffen
Drs. 18/7625, 18/8042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

45. Antrag des Abgeordneten Arif Taşdelen SPD
Jugendliche in der Corona-Krise nicht aus dem Blick verlieren - Öffnung der Jugendzentren anstreben
Drs. 18/7647, 18/8044 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren und Lernen in der Corona-Krise gestalten I:
Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen bei der Schulöffnung vorrangig berücksichtigen
Drs. 18/7650, 18/8295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren und Lernen in Zeiten der Corona-Krise gestalten II:
Besonderer Schutz der Lehrkräfte, die zu Risikogruppen gehören
Drs. 18/7651, 18/8306 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren und Lernen in Zeiten der Corona-Krise gestalten III:
Günstigkeitsregelungen für Schülerinnen und Schüler beim Übertritt
Drs. 18/7652, 18/8301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren und Lernen in der Corona-Krise gestalten IV:
Unverzüglich die reibungslose Funktion von mebis sicherstellen!
Drs. 18/7653, 18/8300 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren und Lernen in der Corona-Krise gestalten V:
Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten ausstatten
Drs. 18/7654, 18/8296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD
Öffnungsplan für die Förderschulen und Sonderpädagogischen
Förderzentren vorlegen - Einsatz der Schulbegleiterinnen und -begleiter
auch zu Hause möglich machen
Drs. 18/7664, 18/8302 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD
Lücken schließen - Förderunterricht bei der Schulöffnung mitplanen
Drs. 18/7665, 18/8297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

